

Freitag, 1. April 2022 [Gelnhausen](#)

Wenn die Klimakrise zur Menschenrechtskrise wird: Vortrag von Amnesty Gelnhausen und Bildungspartner zeichnet erschütterndes Bild über die Folgen des Klimawandels



Juni 2021, Kinder im Süden Madagaskars: Die schlimmste Dürre seit 40 Jahren gefährdet in dem vor Afrikas Ostküste gelegenen Inselstaat Madagaskar das Leben Hunderttausender Menschen. Archivfoto: Tsiory Andriantsoarana/WFP/dpa

„In Madagaskar hat es mehr als fünf Jahre nicht geregnet“

Gelnhausen (jol). Flutkatastrophe, Dürre und steigende Temperaturen werden eng mit der Klimakrise in Zusammenhang gebracht. Doch die Auswirkungen sind nicht darauf beschränkt, sondern sorgen massiv für die Verletzung selbst der grundlegendsten Menschenrechte. Anne Stadtmüller und Rouven Harms aus der Gruppe „Klimaschutz und Menschenrechte“ von Amnesty International (ai) stellten bei einem Online-Vortrag nicht nur katastrophale Entwicklungen vor, sondern zeigten auch, dass selbst Länder wie Ecuador im Naturschutz schon viel weiter sind als Deutschland.

Gemeinsam hatten Amnesty International Gelnhausen und die Bil-

dungspartner Main-Kinzig zu einem Online-Vortrag eingeladen. Zum Thema „Die Klimakrise als Menschenrechtskrise“ hatten sie zwei Aktivistinnen der Koordinationsgruppe „Klimaschutz und Menschenrechte“ gewinnen können. Rouven Harms und Anne Stadtmüller gaben einen erschütternden Einblick in die Auswirkungen des Klimawandels.

Während in Deutschland Dürre, Hitze oder Überflutungen zunehmen, sind die Auswirkungen gerade im globalen Süden noch viel deutlicher zu spüren. „In Madagaskar hat es mehr als fünf Jahre nicht mehr geregnet“, gab Anne Stadtmüller ein Beispiel. „Auf einer Insel, auf der die Menschen von den Früchten der Erde leben, heißt das hungern.“ Verzweifelte Mütter können nicht verhindern, dass ihre Kinder an Unterernährung sterben.

Ähnlich sieht es am Horn von Afrika aus. „Jeden Tag geht weltweit fruchtbarer Boden verloren.“ Schuld daran sind Wassermangel oder Ausbeutung. Bei einer Erhöhung von 1,5 Grad seien 8 Prozent der Weltbevölkerung durch akuten Wassermangel bedroht. Bei 2 Grad wären es 14 Prozent. „Das zeigt uns, dass wir handeln müssen“, betonte Stadtmüller.

Zudem würden im Boden weitere Zeitbomben warten. „Es gibt Umweltverschmutzung, von der wir noch nichts wissen, weil Unternehmen die Untersuchung verhindern.“ Ein Beispiel sei die Gefahr, die von Hormonen und Mikroplastik aus industrieller Produktion ausgehe. Zudem zeige sich gerade ein massiver Dominoeffekt. „Wenn die Permafrostböden auftauen, wird CO₂ und Methan freigesetzt“, erklärte Stadtmüller. Methan treibe den Treibhauseffekt noch mehr an als Kohlendioxid.

„Die Auswirkungen sind dramatisch. Aber im Koalitionsvertrag ist nichts zu Klimaschutz und Menschenrechten zu finden“, blickte Rouven Harms nach Deutschland. Die Klimakrise werde technisch und wissenschaftlich angegangen, die soziale und menschliche Krise werde hingegen nicht beleuchtet. Dabei seien massiv Menschenrechte, vor allem von Kindern und Frauen bedroht. Denn diese würden als Erste unter dem menschengemachten Klimawandel leiden. Gerade in der FLINTA-Gemeinschaft (Frauen, Lesben, Intersexuelle, nicht-binäre, trans- und agender Personen) gebe es deutliche Rückschritte. Ein Beispiel sei der

Sturm „Katrina“ gewesen. „In New Orleans leben viele alleinerziehende Frauen. Diese wurden meist als letzte evakuiert, weil sich diese Evakuierung vor allem aufs Auto bezog.“ Doch viele hatten keinen fahrbaren Untersatz, um zu fliehen.

„Wir müssen demonstrieren, um das Thema Klimaschutz und Menschenrechte bewusster zu machen“

Während in Deutschland Klimaschutz und Menschenrechte nicht gemeinsam gesehen werden, sind andere Nationen schon viel weiter. „Ecuador hat sich 2008 eine neue Verfassung gegeben, in der auch das Recht der Natur als Subjekt formuliert ist“, nannte Harms ein Beispiel. Das wäre in Deutschland aufgrund wirtschaftlichen Druckes wohl nicht möglich. „Wir müssen demonstrieren, um das Thema Klimaschutz und Menschenrechte bewusster zu machen.“ Denn der „Globale Norden“ habe aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke die Pflicht, dem „Globalen Süden“ bei der weltweiten Aufgabe Klimaschutz nicht nur mit Krediten, sondern mit aktivem Handeln und direkter finanzieller Unterstützung zu helfen.

„Ja, Meerwasserentsalzungsanlagen würden auf Madagaskar helfen. Aber es gibt weder genug Geld dafür noch ein entsprechendes Bewässerungssystem“, ergänzte Anne Stadtmüller. Deshalb sei es wichtig, in allen Bereichen zu agieren. Die Klimakonferenz in Glasgow habe dazu keinen wesentlichen Beitrag geleistet. „Wir müssen aus fossilen Brennstoffen aussteigen“, war die Grundforderung der beiden Aktivisten, die nicht erfüllt wurde. Deswegen gelte es, weiter auf die Straße zu gehen, um den CO₂-Ausstoß so zu reduzieren, dass die Erhöhung der Temperatur auf 1,5 Prozent begrenzt werden kann.

Jochen Karalus bedankte sich im Namen der Veranstalter für den ebenso erschütternden wie faszinierenden Einblick in die Aspekte des Klimaschutzes, die derzeit noch unter dem Radar der meisten Menschen laufen. Mehr als 30 Besucher hatten den Weg in den Online-Vortragsraum gefunden. Dass dabei nicht nur Gelnhäuser, sondern auch Menschen bundes- oder gar weltweit dabei sein konnten, ohne dabei CO₂ durch Mobilität zu generieren, war ein schöner Nebenaspekt eines gelungenen Abends.